

Protokoll

Gremium: Kreistag

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.09.2018
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Kreistagsabgeordnete/r

Herr Edgar Autenrieb
Frau Sylvia Bäcker
Frau Claudia Beeken
Herr Thorsten Bohmann
Herr Hartmut Bruns
Frau Maria Bruns
Herr Jörg Brunßen
Herr Jürgen Drieling
Herr Hergen Erhardt
Frau Heidi Exner
Herr Joachim Finke
Herr Axel Hohnholz
Herr Heino Hots
Herr Jan Hullmann
Frau Manuela Imkeit
Herr Georg Köster
Herr Rüdiger Kramer
Frau Susanne Lamers
Herr Frank Lukoschus
Herr Peter Meiwald
Herr Wolfgang Mickelat
Frau Susanne Miks
Herr Jens Nacke
Herr Hermann Nee
Herr Frank Oeltjen
Herr Hartmut Orth
Herr Hartwin Preussner
Herr Karl-Hermann Reil
Herr Eckhard Roese
Herr Dennis Rohde
Frau Monika Sager-Gertje
Herr Harald Schmidt
Herr Lars Schmidt-Berg
Frau Kirsten Schnörwangen
Herr Andreas Stadlik
Frau Birgit Stadlik

Frau Irmgard Stolle
Frau Freia Taeger
Herr Jörg Weden
Frau Kira Wiechert
Herr Torsten Wilters
Frau Barbara Woltmann

von der Verwaltung

Herr Landrat Jörg Bensberg
Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann
Herr Kreisrat Ingo Rabe
Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Dr. Thomas Jürgens
Herr Kreisverwaltungsdirektor Ralf Denker
Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Kleinschmidt

Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

Abwesend:

Kreistagsabgeordnete/r

Herr Knut Bekaam
Herr Bernd Janßen
Herr Gerold Kahle
Frau Sigrid Rakow

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 13.06.2018
- 5 Verwaltungsbericht
- 6 Einwohnerfragestunde

Kreisausschuss vom 05.09.2018

- 7 Abberufung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: BV/119/2018
- 8 Neubau und Ersatzbau von Radwegen an Kreisstraßen;
Sachstand und Beschluss K 347
Vorlage: BV/084/2018
- 9 Fahrbahnerneuerung und Verlängerung Rechtsabbiegespur
K 138 Bad Zwischenahn-Kayhauserfeld; Genehmigung der Mehrkosten
Vorlage: BV/088/2018
- 10 Ertüchtigung der Kreuzung an der K 131 Oldenburger Straße/K 133 Raiffeisenstraße/Kleibroker Straße in Rastede
Vorlage: MV/069/2018
- 11 Grunderneuerung der K 321 Edeweicht - Husbäke
Vorlage: BV/091/2018
- 12 Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm 2019
Vorlage: BV/093/2018
- 13 Radwegeerneuerungsprogramm 2019
Vorlage: BV/094/2018
- 14 Brückensanierungsprogramm 2019
Vorlage: BV/095/2018
- 15 Bankettbefestigungen an Kreisstraßen (Sonderprogramm)
Vorlage: BV/096/2018
- 16 Sonderprogramm Straßenmarkierungen
Vorlage: BV/101/2018

- 17** Erneuerung der wegweisenden Beschilderung an Kreisstraßen
Vorlage: BV/097/2018
- 18** Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen 2019
Vorlage: BV/098/2018
- 19** Verordnung zur Änderung der Jagdzeiten im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/083/2018
- 20** Wissensvernetzung in Weser-Ems; zukünftige Arbeit und Erweiterung der Themenfelder
Vorlage: BV/104/2018
- 21** Neustrukturierung der Radwanderinfrastruktur in der Ammerländer Parklandschaft
Vorlage: BV/105/2018
- 22** Mitteilungen des Landrates
- 23** Anfragen und Hinweise
- 24** Einwohnerfragestunde
- 25** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Taeger eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Taeger stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 13.06.2018

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Verwaltungsbericht

Landrat Bensberg erstattet den Verwaltungsbericht, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

KA Oeltjen teilt mit, dass er an einer Veranstaltung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dem 3. Kommunalradkongress in Göttingen, teilgenommen habe. Der Staatssekretär für Verkehr in Niedersachsen habe darüber berichtet, dass das Land Niedersachsen auf dem Weg sei, Fahrradland Nr. 1 in Deutschland zu werden. Er teilt dazu mit, dass der Landkreis Ammerland mit seinem Radwegenetz deutlich über der durchschnittlichen Radwegerschließung im Land Niedersachsen liege. Daran sei zu erkennen, wie wichtig Radfahrwege für den Landkreis seien und wie gut das Ammerland positioniert sei.

Zu TOP 6 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

**Zu TOP 7 Abberufung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: BV/119/2018**

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Kreisamtsrätin Helga Strebel wird zum 01.12.2018 als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

**Zu TOP 8 Neubau und Ersatzbau von Radwegen an Kreisstraßen; Sachstand und Beschluss K 347
Vorlage: BV/084/2018**

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Ersatzbau des Radweges an der K 347 (Ortsausgang Hollwege bis Kreisverkehr an der BAB-Anschlussstelle Westerstede-West) wird vorbehaltlich des fristgerechten Abschlusses des Planverzichtsverfahrens für das Jahresbauprogramm 2019 angemeldet. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 379.000,00 € sowie eine 1. Rate der Förderung in Höhe von 100.000,00 € werden in den Haushaltsplan 2019 aufgenommen.

**Zu TOP 9 Fahrbahnerneuerung und Verlängerung Rechtsabbiegespur K 138 Bad Zwischenahn-Kayhauserfeld; Genehmigung der Mehrkosten
Vorlage: BV/088/2018**

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Mehraufwendungen für die zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit der Verbreiterung der Rechtsabbiegespur, den Erneuerungsarbeiten an der Fahrbahn sowie des Radweges an der K 138 Feldlinie in Bad Zwischenahn – Kayhausen/Petersfehn in Höhe von 171.000,00 € werden als überplanmäßige Aufwendungen bereitgestellt. Die Deckung erfolgt über Mehrerträge bei den Finanzausgleichsleistungen.

**Zu TOP 10 Ertüchtigung der Kreuzung an der K 131 Oldenburger Straße/K 133 Raiffeisenstraße/Kleibroker Straße in Rastede
Vorlage: MV/069/2018**

KA Lamers führt aus, dass die Kreuzung an der Oldenburger Straße, Raiffeisenstraße und Kleibroker Straße seit vielen Jahren ein Problem darstelle. Der Verkehr habe in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Es sei vorgesehen gewesen, dass der Kreuzungsbereich im Zuge der Erneuerung der Bahnüberführung ebenfalls ertüchtigt werden solle. Durch die Möglichkeit des Ankaufs eines benötigten Grundstückes bestehe jetzt die einmalige Chance, den Verkehr im Kreuzungsbereich zukunftsfähig und langfristig zu beordnen, auch wenn eine Lösung für den Bahnübergang noch nicht gefunden sei. Eine Entschärfung des Kreuzungsbereiches werde den Druck auf der Raiffeisenstraße mindern. Der Straßenbauausschuss habe sich für einen Kreis-

verkehrsplatz entschieden, der auch von den Verkehrsgutachtern für die bessere und sinnvollere Lösung gehalten werde. Die Gemeinde Rastede sei sich darüber im Klaren, dass die Bauphase erhebliche Beeinträchtigungen in der Verkehrsführung mit sich bringe. Dafür sei vermehrt Aufklärungsarbeit nötig. Sie bittet den Kreistag um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

KA Kramer schließt sich den Worten von KA Lamers an. Der Kreuzungsbereich sei sehr schwierig zu überqueren und dies stehe in Zusammenhang mit dem Bahnübergang. Eine Prüfung habe ergeben, dass ein Kreisverkehrsplatz im Kreuzungsbereich als Lösung zu favorisieren sei. Im Straßenbauausschuss habe man sich einstimmig dafür entschieden, die Planungen für einen Kreisverkehrsplatz aufzunehmen. Der Gemeinderat der Gemeinde Rastede habe bereits dafür gesorgt, dass ein Pavillon im Kreuzungsbereich entfernt worden sei und es sei ein Aufstellungsbeschluss gefasst worden um zu verhindern, dass in dem gesamten Bereich von den umliegenden Eigentümern Baumaßnahmen vorgenommen würden, bevor nicht die Gemeinde zustimme. Er bittet ebenfalls darum, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

KA Meiwald führt aus, dass grundsätzlich nichts gegen einen Kreisverkehrsplatz im Bereich der Kreuzung in Rastede einzuwenden sei. Er gibt aber zu bedenken, dass die Anzahl an Maßnahmen auf der heutigen Tagesordnung eine deutliche Subventionierung des Autoverkehrs darstelle. Die Subventionierung des Autoverkehrs stehe aber gegen die Erreichung der in der AG Klimaschutz und Energie abgestimmten Klimaschutzziele. Man müsse sich bewusst machen, dass der Landkreis Ammerland der wissenschaftlichen Diskussion über die Verkehrsentwicklung weit hinterher sei, bevor man über die Anträge abstimme. Der ÖPNV und der Fahrrad- und Fußgängerverkehr müssten attraktiver und das Autofahren müsse unattraktiver gemacht werden. Dies sei seit 25 Jahren bekannt, aber es würde nichts dagegen getan und das Autofahren werde weiter gefördert, weil man den Verkehr durch verschiedene Maßnahmen besser fließen lasse.

KA Meiwald ist der Meinung, dass man im Hinterkopf behalten müsse, dass auch der Fahrrad- und Fußgängerverkehr und der ÖPNV subventioniert werden müssen. Man müsse sich in den nächsten Jahren Gedanken darüber machen und prüfen, ob man eigentlich mit dieser Art der Prioritätensetzung auf dem richtigen Weg sei.

KA Lamers geht auf die Ausführungen von KA Meiwald ein. Sie ist der Meinung, dass der Straßenverkehrsausschuss auf dem richtigen Weg sei. Man habe sich einstimmig dafür ausgesprochen, zukünftig mehr Kreisverkehrsplätze im Ammerland einzurichten. Die Errichtung von Kreisverkehrsplätzen werde für richtig und sinnvoll gehalten, weil dadurch nicht nur der Autoverkehr gefördert werde, sondern auch für Radfahrer und Fußgänger mehr Sicherheit bei der Überquerung der Kreuzung geschaffen werde.

KA Kramer zeigt Verständnis für die Ausführungen von KA Meiwald. Er ist aber der Meinung, dass der Verkehrsfluss nicht besser werde, wenn vermehrt z. B. Elektroautos auf den Straßen seien und im Stau stehen würden. Wenn Autos im Stau stehen, habe man in dem Bereich vermehrt Abgase. Einer Staubildung könne mit der Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes entgegen gewirkt werden.

KA Roese ist der Meinung, dass es keine Probleme gebe, über die Kreuzung zu kommen, wenn man mit dem Fahrrad in Rastede unterwegs sei. Er sieht das Prob-

lem darin, dass sich ein Rückstau des fließenden Autoverkehrs bildet. Es sei richtig, in dem Bereich Abhilfe zu schaffen. Generell habe aber KA Meiwald recht und man müsse sich langfristig Gedanken darüber machen, wie man letztendlich das Autofahren in der Stadt oder in Ortsdurchfahrten unattraktiver mache.

KA Meiwald stellt nochmal richtig, dass die Fraktion B90/Die Grünen der Maßnahme grundsätzlich zustimmen werde. Die Anlegung von Kreisverkehrsplätzen werde für eine sinnvolle Maßnahme gehalten. Er habe deutlich machen wollen, dass man sich überlegen müsse, wie Verkehrsströme entzerrt werden können. Dies könne nicht erreicht werden, wenn man den Individualverkehr attraktiver mache. Das ÖPNV Angebot müsse ausgeweitet werden und Fahrradwege müssten weiterhin ausgebaut und saniert werden. Des Weiteren müsse man sich Gedanken über Car Sharing und Bike-Sharing etc. machen, es müsse die langfristige Perspektive im Blick gehalten werden.

KA Oeltjen stimmt den grundsätzlichen Aussagen von KA Meiwald zu.

In einem Kreisverkehr würden sich aber alle Verkehrsteilnehmer bewegen und Radfahrer und Fußgänger seien den Autofahrern gleichgesetzt und dies habe Vorteile für Radfahrer und Fußgänger. Aus dieser Perspektive sei ein Kreisverkehrsplatz nur zu begrüßen.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für einen Kreisverkehrsplatz aufzunehmen und entsprechende Finanzmittel für die Planungskosten in den Haushalt 2019 einzuplanen.

Zu TOP 11 Grunderneuerung der K 321 Edewecht - Husbäke Vorlage: BV/091/2018

KA Brunßen führt aus, dass für die Grunderneuerung der K 321 rd. 2 Mio. Euro finanziert werden. Die K 321 sei eine Lebensader für die Gemeinde Edewecht und für die Verbindung nach Oldenburg. Wenn man die Straße von Husbäke zur Bundesstraße betrachte, könne man erkennen, dass sich die Straße in einem sehr schlechten Zustand befinde. Die Gemeinde Edewecht habe als einzige Gemeinde im Ammerland keinen Autobahnanschluss. Dadurch werde die Grunderneuerung der K 321 als nötig befunden, um u. a. auch die Zuwegung zum Industriegebiet zu gewährleisten. Er dankt dem Kreistag für die Unterstützung zur Grunderneuerung der K 321 von Edewecht nach Husbäke.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Grunderneuerung der K 321 (Husbäke-Edewecht) wird für den Streckenabschnitt von km 0,000 bis km 4,100 vorbehaltlich der Förderfähigkeit nach dem Entflechtungsgesetz für das Jahresbauprogramm 2019 angemeldet. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2.255.000,00 € sowie eine erste Förderrate in Höhe von 300.000,00 € werden in den Haushaltsplan 2019 eingestellt.

Zu TOP 12 Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm 2019
Vorlage: BV/093/2018

KA Wilters führt aus, dass der Straßenbauausschuss in seiner Sitzung am 15.08. vorgeschlagen habe, 1,8 Mio. Euro für das Verschleißdeckenerneuerungsprogramm inkl. Moor- und Flickstellenerneuerungsprogramm zu investieren. Er habe im Straßenbauausschuss darauf hingewiesen, dass die Moorstrecken aufgrund des extrem trockenen Sommers sehr gelitten hätten und zum Teil große Risse im Straßenbelag entstanden seien. Es sei daraufhin im Straßenbauausschuss beschlossen worden, das Moorstreckenprogramm von 125.000,00 € auf 250.000,00 € zu verdoppeln, wofür er sich bedanke.

KA Oeltjen geht auf die Tagesordnungspunkte 12 bis 18 ein, die im Straßenbauausschuss und im Kreisausschuss bereits einstimmig vorgeschlagen worden seien. Insgesamt werde ein Betrag in Höhe von 875.000,00 € mehr investiert als ursprünglich geplant. Zum einen würde in die Moorstrecken und zum anderen würde in die Erneuerung von Kreisstraßen investiert. Des Weiteren seien ein Sonderprogramm für Bankettbefestigungen, für Straßenmarkierungen, für die Erneuerungen von Wegweisern und für die laufende Streckenunterhaltung vorgeschlagen worden. Diese Investitionen würden dazu führen, dass die Kreisstraßen, Radwege und Brücken des Landkreises Ammerland in einem guten Zustand erhalten würden. Der vernünftige Umgang mit den Straßen des Ammerlandes sei zu begrüßen und lobenswert. Aufgrund der positiven Haushaltslage sei man zurzeit in der Lage, die Straßen und Radwege des Landkreises Ammerland in einem guten Zustand zu halten. Man sei sich bewusst, dass aufgrund der Preissteigerungen im Tiefbau auch mehr Kosten für Sanierungen zu tragen seien. Für die Unterhaltung der Kreisstraßen sei daher vorgeschlagen worden, dass jährlich eine automatisierte Steigerung der Investitionen von 2 % eingeplant werde.

Es wird einstimmig beschlossen:

Für das Verschleißdeckenerneuerungsprogramm werden im Haushaltsjahr 2019 insgesamt 1.800.000 Euro veranschlagt. Davon entfallen 250.000 Euro auf das sogenannte Moorstrecken- und Flickstellenerneuerungsprogramm.

Für das Haushaltsjahr 2019 wird folgende Maßnahme zur Durchführung und Finanzierung beschlossen:

Erneuerung der K 136 (Metjendorf – Neusüdende) von km 4,100 – km 6,325

Kostenanschlag: 680.000 Euro

Die Festlegung der weiteren Einzelmaßnahmen erfolgt im Frühjahr 2019.

Zu TOP 13 Radwegeerneuerungsprogramm 2019
Vorlage: BV/094/2018

KA Hots geht auf den Radwegbau an der K 349 von Wilbrok nach Torsholt ein. Mit der Fertigstellung dieses Radweges habe der Landkreis Ammerland seine Kreisstra-

ßen zu 80 % mit Radwegen ausgestattet. Hervorzuheben sei, dass Fördermittel aus dem Entflechtungsgesetz und aus der Klimaschutzinitiative bereitgestellt werden. Des Weiteren müssten keine Darlehen aufgenommen werden, da die verbleibenden Restbeträge aus dem Haushalt des Landkreises Ammerland finanziert werden können. Der Bau von Fahrradwegen und die weitergehende Erschließung des Fahrradwegenetzes seien für die Zukunft sehr wichtig.

Es wird einstimmig beschlossen:

Für das Radwegeerneuerungsprogramm werden im Haushaltsjahr 2019 insgesamt 350.000 Euro veranschlagt. Davon entfallen 50.000 Euro auf das sogenannte Flickstellenerneuerungsprogramm.

Für das Haushaltsjahr 2019 wird folgende Maßnahme zur Durchführung und Finanzierung beschlossen:

Erneuerung des Radweges an der K 136 (Metjendorf – Neusüdende) von km 4,100 – km 6,325
Kostenanschlag: 200.000 Euro

Die Festlegung der weiteren Einzelmaßnahmen erfolgt im Frühjahr 2019.

Zu TOP 14 Brückensanierungsprogramm 2019
Vorlage: BV/095/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Für das Brückensanierungsprogramm werden im Haushalt 2019 insgesamt 80.000 Euro veranschlagt.

Folgende Einzelmaßnahmen sind auf der Grundlage der Dringlichkeitseinstufung der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr durchzuführen:

1.
K 142, Jeddelloh I – Jeddelloh II, km 2,198
Radwegbrücke über den Wasserlauf „Vehne“
Kostenansatz: 15.000 Euro
2.
K 114, Halsbek – Eggelogerfeld, km 20,504
Brücke über den „Wasserzug Nr. 3“
Kostenansatz: 25.000 Euro
3.
K 349, Torsholt – Gießelhorst / Wilbroksmoor, km 0,914
Brücke über den Wasserlauf „Gießelhorster Bäke“
Kostenansatz: 15.000 Euro

4.
K 336, Rostrup – Ocholt, km 3,713
Brücke über den Wasserlauf „Ollenbäke“
Kostenansatz: 25.000 Euro

**Zu TOP 15 Bankettbefestigungen an Kreisstraßen (Sonderprogramm)
Vorlage: BV/096/2018**

KA Köster führt aus, dass die Sinnhaftigkeit des Sonderprogrammes zur Bankettbefestigungen an Kreisstraßen nachzuvollziehen sei. Er gibt zu Bedenken, dass Kunststoffe im Laufe der Zeit porös und ihre Stabilität verlieren würden und infolgedessen zerbröseln würden. Er fragt nach, ob diese Kunststoffe nach der Nutzungsdauer wieder sinnvoll entfernt werden können oder ob sie als Mikrokunststoffe im Straßenrandbereich verbleiben würden und damit ein Umweltrisiko entstehen würde. Seiner Meinung nach müsse vor dem Einbau von Bankettbefestigungen über die spätere Entsorgung nachgedacht werden.

EKR Kappelmann erläutert, dass bei Bedarf der alte Kunststoff ausgebaut und neue Geozellen eingebaut würden. Grundsätzlich würde alles, was die Straßenmeistereien im Randbereich aufnehmen, entsprechend sortiert und später einer weiteren Verwertung oder einer Entsorgung zugeführt. Er vermute, dass bei den Kunststoffen eine energetische Verwertung erfolgen werde oder, soweit möglich, eine Wiederverwertung.

Es wird einstimmig beschlossen:

Für die Bankettbefestigung an Kreisstraßen werden ab dem Haushaltsjahr 2019 jährlich 300.000 € veranschlagt. Die Festlegung der Einzelmaßnahmen erfolgt im Frühjahr 2019

**Zu TOP 16 Sonderprogramm Straßenmarkierungen
Vorlage: BV/101/2018**

Es wird einstimmig beschlossen:

Für das Sonderprogramm Straßenmarkierungen werden Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € im Haushaltsplan 2019 zur Verfügung gestellt.

**Zu TOP 17 Erneuerung der wegweisenden Beschilderung an Kreisstraßen
Vorlage: BV/097/2018**

KA Meiwald weist darauf hin, dass die Bahnhöfe nicht ausreichend ausgeschildert seien und es wünschenswert sei, die Beschilderungen dahingehend zu erweitern.

Es wird bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen:

Für das Sonderprogramm „Erneuerung der wegweisenden Beschilderung an Kreisstraßen“ werden Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 35.000 € in den Haushaltsplänen 2019 und 2020 zur Verfügung gestellt.

Zu TOP 18 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen 2019
Vorlage: BV/098/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Für die Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen werden im Haushaltsjahr 2019 insgesamt 765.000,00 € eingeplant. Für die folgenden Jahre wird eine jährliche Ansatzsteigerung um jeweils 2 % berücksichtigt.

Zu TOP 19 Verordnung zur Änderung der Jagdzeiten im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/083/2018

KA Meiwald führt aus, dass es keine grundsätzlichen Einwände zur Verlängerung der Jagdzeiten seitens der Fraktion B90/Die Grünen gebe. Er geht auf die in der Vorlage begründete Verlängerung der Jagdzeit sowie auf das Problem mit den Wiesenbrütern ein, die durch die Vermehrung der Rabenkrähen ebenfalls betroffen seien. Er fragt nach, warum sich die Verordnung nur auf den wirtschaftlichen Bereich beziehe und nicht auch auf die Habitate der Wiesenvögel. Aus seiner Sicht sei die Vorgehensweise nicht konsequent. Des Weiteren sei in der Begründung auf die nicht mehr in ausreichender Zahl vorhandenen natürlichen Fressfeinde der Rabenkrähen hingewiesen worden. Er regt an, im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt weitergehend zu beraten, ob etwas gegen die Habitatveränderung vorgenommen werden könne, um eine natürliche Regulierung herbeiführen zu können.

Ltd. KVD Dr. Jürgens führt aus, dass nach seinem Kenntnisstand die Beeinträchtigung der Wiesenbrüter nicht als rechtlich durchschlagender Grund angeführt werden könne. Rabenkrähen würden unter den Artenschutz fallen und man müsse für etwaige Ausnahmen vom Tötungsverbot überwiegende Gründe darlegen. Als solche seien erhebliche wirtschaftliche Schäden durch die Rabenkrähen anerkannt.

Es wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen:

Die Jagdzeit für Rabenkrähen wird bis einschließlich 2021 um die Zeiträume vom 21.02 bis 31.03 und 01.07. bis 31.07. eines jeden Jahres erweitert. Diese Regelung gilt nur für schadensgefährdete landwirtschaftliche Getreidefelder, Gemüsekulturen, abgedeckte Grün- und Gärfuttermieten einschl. Rundballen und Großpacken sowie für Baumschulen und Gärtnereien im Landkreis Ammerland.

**Zu TOP 20 Wissensvernetzung in Weser-Ems; zukünftige Arbeit und Erweiterung der Themenfelder
Vorlage: BV/104/2018**

KA Frau Bruns führt aus, dass die bisherigen Themenfelder Wirtschaft, Maritim und Bioökonomie um die Innovation in der Daseinsvorsorge erweitert werden. Dabei würden die Herausforderungen im ländlichen Bereich aufgegriffen. Man müsse sich in Zukunft mit Themen wie u. a. Telemedizin, Mobilität, Pflege, Wohnen im Alter und dem sozialen Leben im ländlichen Bereich auseinandersetzen. Die CDU-Fraktion unterstütze, dass eine Kümmererstelle eingerichtet werde und dadurch Handlungsnotwendigkeiten im ländlichen Bereich aufgegriffen würden.

KA Lukoschus dankt für die Informationen aus dem Wirtschaftsausschuss. Die Herausforderungen bzw. die Anforderungen der Zukunft dürften nicht unstrukturiert angegangen werden. Es bedürfe aus Sicht der SPD-Fraktion einer kompetenten Bewertung und einer späteren Umsetzung. Insbesondere die Innovation in der Daseinsvorsorge werde begrüßt, weil Gesundheit, Pflege, Mobilität und soziales Leben direkten Einfluss auf die Menschen im Ammerland hätten und jede Gemeinde betroffen sei. Die Wissensvernetzung in Weser-Ems habe kein bzw. nur ein geringes finanzielles Risiko. Die Einrichtung einer Kümmererstelle sei sinnvoll, weil u. a. die Projekte besser bewertet und entsprechend umgesetzt werden könnten. Des Weiteren würden die Bereiche Energie, Bioökonomie und maritime Wirtschaft zumindest ansatzweise auch im Landkreis Ammerland tangiert, so KA Lukoschus weiter. Eine Vernetzung von Kompetenzen werde alle Beteiligten voranbringen und den Standort Ammerland stärken. Er spricht abschließend seinen Dank an die Verwaltung und alle Beteiligten aus.

Es wird einstimmig beschlossen:

Für die Förderprogramme „INTERREG Europe“ sowie „Regionale Entwicklungsimpulse“ sind für 2019 Haushaltsmittel in Höhe von 351.250 Euro sowie 100.000 Euro einzuplanen. Die Zuschüsse aus den vorgenannten Förderprogrammen, die Kofinanzierungsanteile der Arbeitsgemeinschaft für die Folgejahre sowie die Eigenanteile des Landkreises sind haushaltsmäßig zu beordnen. Sofern im Haushaltsjahr 2018 Ausgaben aus dem Förderprogramm „Regionale Entwicklungsimpulse“ zu tätigen sind, sind diese aus den Ansätzen der Wirtschaftsförderung zu leisten und ebenfalls im Haushaltsjahr 2019 zu beordnen.

**Zu TOP 21 Neustrukturierung der Radwanderinfrastruktur in der Ammerländer Parklandschaft
Vorlage: BV/105/2018**

KA Beeken geht auf die Ausführungen von KA Oeltjen zum Kommunalradkongress und die Radwegeerschließung sowie auf Deutschland als Fahrradland Nummer eins ein. Der Landkreis Ammerland habe einen hohen prozentualen Anteil von Fahrradwegen an den Kreisstraßen. Es sei wichtig, in die Fahrradwegeinfrastruktur zu investieren, damit nicht nur die Bürger des Landkreises Ammerland, sondern auch Auswärtige das Radwegenetz vernünftig nutzen können. Das derzeitige Beschilderungssystem sei veraltet und entspreche nicht mehr den Anforderungen des ADFC. Es

müsse in die Neustrukturierung der Radwegeinfrastruktur investiert werden, um zertifiziert zu werden. Des Weiteren spiele der Fahrradtourismus eine große Rolle für das Ammerland.

KA Köster bezweifelt, dass Deutschland das Fahrradland Nummer eins sei. Die Infrastruktur für Radfahrer sei in den Niederlanden weitaus besser ausgelegt. Der Landkreis Ammerland sei auf dem Weg der Verbesserung und mache dabei große und gute Schritte. Als solchen Schritt werde auch die zu beschließende Neustrukturierung der Fahrradbeschilderung gesehen. Es werde in Zukunft eine einheitliche Beschilderung im gesamten Landkreis Ammerland und übergeordnete Verkehrswege für Radfahrer geben. Dem Beschlussvorschlag schließe sich die Fraktion B90/Die Grünen gerne an.

KA Lukoschus führt aus, dass der Landkreis Ammerland auf Fahrradtouristen angewiesen sei. Durch ein gut ausgebautes Radwegenetz würden sich Urlauber im Ammerland wohlfühlen und sicher ein zweites Mal wieder herkommen. Die Neustrukturierung der Radwanderinfrastruktur sei eine gute Investition für die Zukunft, die sich relativ zeitnah auszahlen werde. Des Weiteren sei zu begrüßen, dass die Neustrukturierung eine nachhaltige Investition bedeute, die gut zu pflegen sei und auch „APP-fähig“ sei.

Es wird einstimmig beschlossen:

Das Radverkehrssystem im Landkreis Ammerland wird neu überplant. Alle Schilder werden nach dem aktuellen FGSV- Standard erneuert. Zusätzlich wird ein neues Knotenpunktsystem nach Kriterien der FGSV im Ammerland installiert. Für das System wird ein digitales Pflegekataster erstellt.

Die Gesamtkosten werden mit ca. 500.000 € veranschlagt. Haushaltsmittel über 100.000 Euro sind in den Haushalt 2019 und Haushaltsmittel über 400.000 Euro in dem Haushalt 2020 einzustellen. Zur Finanzierung des Projektes wird ein Förderantrag nach dem N-GVFG (Entflechtungsgesetz) gestellt, gegebenenfalls ein weiterer Antrag an den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gerichtet. Im Falle einer Bewilligung sind die Einnahmen durch Zuschüsse, die Kofinanzierungsanteile der Gemeinden sowie der Eigenanteil des Landkreises im Haushalt zu beordnen.

Zu TOP 22 Mitteilungen des Landrates

- a) LR Bensberg teilt mit, dass KA Lars-Schmidt-Berg am 23.07. seinen 40. Geburtstag feiern konnte. Der ehemalige KA Hans-Hermann Schlange habe am 30.08. seine Diamantene Hochzeit feiern könne.

KA Roese teilt in dem Zusammenhang mit, dass KA Erhardt geheiratet habe.

- b) EKR Kappelmann geht auf die Angelegenheit Kreuzungsbereich Brüderstraße/Mittellinie ein. Er erläutert, dass man sich im Straßenbauausschuss intensiv mit der Problematik auseinandergesetzt habe und letztendlich zu dem Er-

gebnis gekommen sei, den Kreuzungsbereich für ein halbes Jahr lang provisorisch mit Kunststoffschwellen auf der Fahrbahn, ähnlich wie in Bad Zwischenahn „Am Hoogen Hagen“, zu verengen. Mit der Polizei und der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sei dieser Vorschlag besprochen worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass weder die Polizei noch die Landesbehörde eine Verengung gutheißen würden und beide davon dringend abgeraten hätten. Daraufhin habe man sich vor Ort den Kreuzungsbereich mit einer Firma für Verkehrssicherheitstechnik noch einmal angesehen. Die Firma für Verkehrssicherheit habe ebenfalls sehr dringend von dem Vorhaben einer provisorischen Fahrbahnverengung abgeraten. Die Polizei habe deutlich gemacht, dass es durch die Verengungen eher zu einer Gefährdung der Verkehrsteilnehmer kommen könne. Nachdem die schriftlichen Stellungnahmen der Polizei, der Landesbehörde und der Firma für Verkehrssicherheit vorliegen würden, sei man zu dem Entschluss gekommen, von dem Vorhaben der Verengung des Kreuzungsbereiches abzusehen. Der Straßenbauausschuss werde sich in der Februarsitzung noch einmal intensiv mit dem Kreuzungsbereich beschäftigen müssen.

KA Finke bittet darum, eine Pressemitteilung zu veröffentlichen, damit die Anwohner über das weitere Vorgehen informiert würden.

Zu TOP 23 Anfragen und Hinweise

- a) KA Brunßen weist darauf hin, dass ab Dezember wieder vermehrt Personen mit dem ÖPNV zum Weihnachtsmarkt nach Oldenburg fahren würden. Er bittet darum, das Busunternehmen Bruns darauf hinzuweisen, dass ausreichende Kapazitäten bereitgestellt werden.
- b) KA Oeltjen weist darauf hin, dass die Deutsche Bahn mitgeteilt habe, dass in der Zeit vom 01.10. bis 08.12.2018 die IC-Züge von Norddeich nach Oldenburg nicht fahren würden. Aufgrund des in dieser Zeit vermehrten Güterzugverkehrs könne der Personenverkehr nicht aufrecht erhalten werden. Er bittet darum, bei der Bahn anzufragen, warum die IC-Züge für den Zeitraum eingestellt würden und ob über die Auswirkungen nachgedacht worden sei.

Zu TOP 24 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 25 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Taeger schließt die öffentliche Sitzung.